

Mause, Karsten

**Working Paper**

## Homo Oeconomicus im Treibhaus Erde: Umweltpolitische Herausforderungen aus polit-ökonomischer Perspektive

*Suggested Citation:* Mause, Karsten (2019) : Homo Oeconomicus im Treibhaus Erde: Umweltpolitische Herausforderungen aus polit-ökonomischer Perspektive, ZBW – Leibniz Information Centre for Economics, Kiel, Hamburg

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/204471>

**Standard-Nutzungsbedingungen:**

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

**Terms of use:**

*Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.*

*You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.*

*If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.*

# **Homo Oeconomicus im Treibhaus Erde: Umweltpolitische Herausforderungen aus polit-ökonomischer Perspektive**

Karsten Mause\*

September 2019

**Abstract:** Dieser Beitrag macht auf drei umweltpolitische Herausforderungen aufmerksam, die im gegenwärtigen Diskurs zum Themenkomplex Klima- und Umweltschutz zumeist nur am Rande und lediglich ansatzweise behandelt werden. Abschnitt 2 erörtert, inwiefern „Fake News“ ein Problem für Umweltpolitik darstellen. Abschnitt 3 befasst sich mit der Frage, wie mit den in einigen umweltpolitischen Kontexten weiterhin bestehenden „Knowing-Doing Gaps“ umgegangen werden kann. Abschnitt 4 weist schließlich auf die Schwierigkeiten einer globalen und gerechten Umweltpolitik hin. Diese Herausforderungen werden aus einer polit-ökonomischen Perspektive, genauer gesagt aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie betrachtet.

**Keywords:** Klima- und Umweltschutz, Umweltpolitik, Umweltökonomik, Neue Politische Ökonomie.

---

\* Assistant Professor of Political Economy, University of Münster, Department of Political Science (IfPol), Scharnhorststr. 100, D-48151 Münster, E-Mail: [karsten.mause@uni-muenster.de](mailto:karsten.mause@uni-muenster.de)

**Suggested Citation:** Mause, Karsten (2019): Homo Oeconomicus im Treibhaus Erde: Umweltpolitische Herausforderungen aus polit-ökonomischer Perspektive. In: Martin Dabrowski, Judith Wolf & Karlies Abmeier (Eds.): *Umweltpolitik: global und gerecht*. Paderborn: Schöningh, S. 35–45 (forthcoming).

## 1. Einleitung

Nicht nur in Deutschland, sondern auch in vielen anderen Ländern stehen Politik und Gesellschaft vor vielfältigen umweltpolitischen Herausforderungen. Wie reagieren wir auf den Klimawandel? Wie gehen wir mit den gesellschaftlichen Folgen (u.a. Konflikte, Flucht, Kriege) von extremen Umweltereignissen wie z.B. Wirbelstürmen, Überschwemmungen, Hitzewellen, Gletscherrückgang oder Dürrekatastrophen um? Wie reduzieren wir den Ausstoß von Kohlendioxid (CO<sub>2</sub>) und anderen Gasen, die Umweltprobleme bereiten? Wie erreichen wir, dass weltweit möglichst sparsam mit Energie und anderen Ressourcen umgegangen wird? Wie bekommen wir es hin, dass möglichst viele Menschen in puncto Lebensmittelkonsum, Verkehrsmittelwahl und in anderen Lebensbereichen einen möglichst umweltfreundlichen Lebensstil pflegen? Diese und andere umweltpolitische Fragen bzw. Herausforderungen werden seit Jahren, manche gar seit Jahrzehnten, in Politik, Wissenschaft und Öffentlichkeit diskutiert. Von daher ist es wenig überraschend, dass die o.g. Fragestellungen auch in dem Aufsatz von *Jochen Ostheimer* zum Thema „Umweltpolitische Herausforderungen aus sozialetischer Perspektive: Nachhaltigkeit im Anthropozän“ Erwähnung finden und dort – mal mehr, mal weniger explizit, ausführlich und tiefgehend – dargestellt werden.

Bei dem vorliegenden Beitrag handelt es sich um die schriftliche Fassung eines Korreferats zu *Ostheimers* Beitrag zur Tagung „Umweltpolitik: global und gerecht“. Ziel dieses Korreferats ist nicht die Kritik einzelner Punkte in der Argumentation *Ostheimers*. Dessen Beitrag gibt zwar einen informativen Überblick über verschiedene umweltpolitische Herausforderungen und über Möglichkeiten zu deren Bewältigung. Gleichzeitig ist in dem Beitrag aus meiner Sicht – anders als der Titel suggeriert – leider wenig darüber zu erfahren, was denn nun genau „die“ Sozialethik oder verschiedene sozialetische Schulen, Denkrichtungen etc. zur Behandlung oder gar Lösung bestimmter umweltpolitischer Herausforderungen beitragen können.<sup>1</sup> Ohne vorherige Lektüre des *Ostheimer*-Beitrags mag der gerade geäußerte Kritikpunkt etwas pauschal, harsch und ungehörig erscheinen. Allerdings werden sicherlich auch andere Leser des Beitrags zu einem ähnlichen Urteil gelangen.

Im Folgenden wird auf drei umweltpolitische Herausforderungen aufmerksam gemacht, die mir wichtig erscheinen, die jedoch in *Ostheimers* Beitrag nicht oder lediglich ansatzweise behandelt werden. *Abschnitt 2* erörtert, inwiefern „Fake News“ ein Problem für Umweltpolitik darstellen.

---

<sup>1</sup> Siehe dazu z.B. *Wiemeyer* (2015a), *Wiemeyer* (2015b), *Vogt* (2019).

*Abschnitt 3* befasst sich mit der Frage, wie mit den in einigen umweltpolitischen Kontexten weiterhin bestehenden „Knowing-Doing Gaps“ umgegangen werden kann. *Abschnitt 4* weist schließlich auf die Schwierigkeiten einer globalen und gerechten Umweltpolitik hin. Diese Herausforderungen werden aus einer polit-ökonomischen Perspektive, genauer gesagt aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie betrachtet.<sup>2</sup> Dieses Fachgebiet ist an der Schnittstelle von Politik- und Wirtschaftswissenschaft angesiedelt und geht – wie unten näher erläutert – bei der Umweltpolitik-Analyse von der theoretischen (Modell-)Annahme aus, dass Konsumenten, Unternehmen, Interessengruppen, Politiker und andere im Politikfeld Umweltpolitik auftretende Akteure primär ihre eigenen Interessen verfolgen – was nicht ausschließt, dass eigennutzorientiertes Verhalten durch verschiedene umweltpolitische Instrumente (Steuern, Regulierungen etc.) in gemeinwohlorientierte oder – bezogen auf den hier betrachteten Kontext – umweltfreundliche Bahnen gelenkt werden kann.

## **2. Umweltpolitik in Zeiten von „Fake News“**

Bei der Lektüre des Beitrags von *Ostheimer* wird deutlich, dass wir inzwischen gesichertes Wissen dahingehend haben, was in verschiedenen Handlungskontexten eine (nicht) nachhaltige Umweltpolitik ist. Zudem wird in *Ostheimers* Ausführungen zum Anthropozän-Konzept verdeutlicht, dass der Mensch selbst einen Beitrag zur Entstehung von Umweltproblemen geleistet hat und immer noch leistet. Im Text wird darauf verwiesen, dass die „Mehrheit der Forscher“<sup>3</sup> diesen Standpunkt teile. Da ich kein Naturwissenschaftler bin, würde auch ich mich diesem Standpunkt bzw. der Mehrheit der in diesem Bereich forschenden Wissenschaftler anschließen und auf die gegenwärtig vorliegenden Forschungsergebnisse bzw. den derzeitigen Stand der Forschung in diesem Bereich vertrauen. Gleichwohl ist festzustellen, dass es in Bevölkerung und Politik nach wie vor einige Akteure gibt, die den Forschungsstand anzweifeln oder gänzlich bestreiten bzw. ignorieren.

Zum Beispiel wählten im Rahmen einer 2016 durchgeführten repräsentativen Umfrage 16% der befragten Deutschen, 12% der Briten, 6% der Franzosen und 4% der Norweger die folgende Antwortmöglichkeit: „Nein – ich glaube nicht, dass sich das Weltklima verändert“.<sup>4</sup> Und 11% der befragten Briten, 9% der Deutschen, 9% der Norweger und 8% der Franzosen gaben bei einer anderen Frage an, dass sie davon überzeugt sind, dass der Klimawandel „ausschließlich“

---

<sup>2</sup> Vgl. hierzu grundlegend *Frey* (1992), *Kirchgässner / Schneider* (2003).

<sup>3</sup> *Ostheimer* (2019), S. 16.

<sup>4</sup> Vgl. *Steentjes* (2017).

oder „hauptsächlich durch natürliche Prozesse verursacht“ wird (die „ausschließlich“ und „hauptsächlich“ Antworten wurden zusammengezählt). Ein prominentes Beispiel eines politischen Entscheidungsträgers, der nicht daran glaubt, dass der Mensch für den Klimawandel verantwortlich ist, ist US-Präsident Trump, der diese Position in der Öffentlichkeit wiederholt geäußert hat.<sup>5</sup>

Vor diesem Hintergrund besteht neben den in dem Beitrag von *Ostheimer* erörterten Herausforderungen offensichtlich eine weitere umweltpolitische Herausforderung darin, wie es gelingen kann, sog. „Fake News“ aus dem politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess herauszuhalten oder – falls diese bereits Eingang in diesen Prozess gefunden haben – herauszubekommen. Mit „Fake News“ ist hier gemeint, dass Politiker, Journalisten oder andere Akteure bewusst oder unbewusst solche Informationen verbreiten, die in dem Sinne falsch sind, dass es für diese Informationen keinerlei wissenschaftliche Evidenz gibt. Selbstverständlich können sich auch Forscher irren und in wissenschaftlichen Studien bewusst oder unbewusst Ergebnisse präsentieren, die sich im Nachhinein als falsch herausstellen. Getreu dem Motto „Irren ist menschlich“ sind auch Wissenschaftler nicht davor gefeit, Fehler zu machen (etwa bei Datensammlung, Datenanalyse etc.). Auch bewusste Manipulationen, um erwünschte Forschungsergebnisse zu erhalten, sind immer mal wieder zu beobachten.

Allerdings bleibt uns in diesem Kontext wohl nichts Anderes übrig, als darauf zu vertrauen, dass der Wissenschaftsprozess immer wieder die „Spreu vom Weizen“ trennt: das heißt, Falschinformationen identifiziert (z.B. durch Peer Review vor der Veröffentlichung wiss. Studien oder der Replikation bereits publizierter Studien) und aus dem Bestand an gesichertem Wissen aussortiert. Zu beachten ist in diesem Zusammenhang auch, dass Wissenschaftler mit Sanktionen rechnen müssen (z.B. öffentliche Rügen, Reputationsverlust, Ausschluss von Drittmittelausschreibungen, Entlassung), wenn herauskommt, dass sie bewusst oder unbewusst fehlerhafte Forschungsergebnisse verbreitet haben. Wird das ökonomische Verhaltensmodell des homo oeconomicus auf den Wissenschaftsbetrieb angewendet,<sup>6</sup> so ist zu erwarten, dass die Eigennutzorientierung bzw. das Eigeninteresse des einzelnen Wissenschaftlers in diesem Kontext als Korrektiv wirkt: Wissenschaftler, die langfristig in diesem „Geschäft“ tätig sein möchten, werden demzufolge auf ihre individuelle Reputation achten und alles daran setzen,

---

<sup>5</sup> Siehe z.B. *Deutsche Presse-Agentur* (2018).

<sup>6</sup> Siehe dazu z.B. *Heine / Mause* (2008), *Feld* (2018).

bewusstes Fehlverhalten, welches bei Aufdeckung in der Regel erhebliche Konsequenzen nach sich zieht (siehe oben), zu vermeiden.

Da jedoch auch die wissenschaftsinternen Kontroll- und Sanktionsmechanismen (u.a. Peer Review, Replikationsstudien) nicht immer und überall perfekt funktionieren werden, kann es natürlich sein, dass auch im Wissenschaftssystem Falschinformationen bzw. „Fake News“ zu umweltpolitischen oder anderen gesellschaftlich relevanten Fragestellungen eine Zeit lang überleben und als Experten-/Fachwissen auch Eingang in den politischen bzw. öffentlichen Diskurs finden. Damit müssen wir leben. Während davon auszugehen ist, dass der Wissenschaftsbetrieb durch die ständige Überprüfung von Forschungsergebnissen und die o.g. existierenden Kontroll- und Sanktionsmechanismen in der Lage ist, wissenschaftliche „Fake News“ auszusortieren, so stellt sich die Frage, wie wir mit dem Problem umgehen, dass Politiker, Journalisten oder Bürger in öffentlichen Debatten wissenschaftliche Studien zu bestimmten gesellschaftlich relevanten Phänomenen (Klimawandel, Umweltzerstörung usw.) verwenden, die im Wissenschaftsbetrieb längst als Falschinformation bzw. fehlerhafte Expertise identifiziert wurden?

Da diese Problematik nach wie vor besteht, scheint es keine einfachen Antworten bzw. Lösungen für die in diesem Abschnitt skizzierte Herausforderung zu geben. Wie soll z.B. verhindert werden, dass zigtausende von Menschen in ihrer Rolle als Besitzer/Nutzer von E-Mail- und Social-Media-Konten tagtäglich die Möglichkeit haben, bewusst oder unbewusst im Internet „Fake News“ über den Klimawandel oder andere umweltpolitisch relevante Sachverhalte zu verbreiten? In Deutschland und anderen Demokratien werden die etwa von Bürgern und Journalisten geäußerten Meinungen und Behauptungen zum Themenkomplex Umweltpolitik in der Regel durch das in der Verfassung verankerte Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit gedeckt sein. Insofern wird der Staat oder irgendeine andere Instanz es niemandem verbieten können, via Twitter, Facebook, Online-Blogs oder andere Kanäle Informationen zu Umweltthemen zu verbreiten, welche aus wissenschaftlicher Perspektive eindeutig als „Fake News“ zu klassifizieren sind. Und wie das o.g. empirische Fallbeispiel des US-Präsidenten Trump illustriert, kann es natürlich auch sein, dass der Staat selbst zum Verbreiter von „Fake News“ zu Umweltthemen wird.

Folglich werden wir wohl damit leben müssen, dass es in einem Gemeinwesen Akteure (z.B. Politiker, Interessengruppenvertreter, einzelne Bürger) geben kann, denen es egal ist, was zu

einem bestimmten Zeitpunkt im Wissenschaftsbetrieb als gesichertes Erkenntnis gilt; sondern denen es vielmehr darum geht, bewusst und auch wider besseres verfügbares Wissen solche Informationen bzw. „Fakten“ aus dem riesigen Bestand an (veralteten/widerlegten) Studien herauszusuchen, die den eigenen Standpunkt zum Klimawandel oder zu anderen umweltpolitischen Themen stützen bzw. bestätigen. An dieser Stelle kann aus Platzgründen nicht weiter auf die Debatte eingegangen werden, ob und ggf. wie die Verbreitung von „Fake News“ eingedämmt, kontrolliert, verhindert, sanktioniert etc. werden könnte.<sup>7</sup> Hier ist freilich – auch wenn es banal klingen mag – festzuhalten, dass es sich bei Wissenschaft und wissenschaftlicher Öffentlichkeits-/Politikberatung in dem betrachteten Kontext um eine Sisyphusarbeit handelt: das heißt, redlichen Wissenschaftlern bleibt wohl nichts Anderes übrig, als ihr jeweils als gesichert geltendes Wissen immer und immer wieder in die öffentliche Debatte und den politischen Meinungs- und Willensbildungsprozess einzuspeisen – in der Hoffnung, dass es Politikern, Journalisten, Interessengruppenvertretern und Bürgern möglichst schwer gemacht wird, mit „Fake News“ zu argumentieren.

### **3. Anhaltende „Knowing-Doing Gaps“**

Eine weitere Herausforderung, mit der sich Umweltpolitik konfrontiert sieht, stellt die Problemstellung dar, wie die offensichtliche Diskrepanz zwischen Wissen und Handeln (sog. „Knowing-Doing Gap“) in Bezug auf den Umgang der Menschen mit ihrer Umwelt verringert oder gar geschlossen werden kann. Auffallend ist etwa, dass viele Bürger in Meinungsumfragen angeben, dass sie (a) besorgt über den Zustand der Umwelt in verschiedenen Bereichen (CO<sub>2</sub>-Ausstoß, Plastikmüll, Gewässerverschmutzung usw.) sind, und dass sie (b) der Auffassung sind, dass in puncto Umweltschutz (noch) mehr getan werden müsse. Angesichts der Ergebnisse derartiger repräsentativer Umfragen ist aber verwunderlich, dass wir z.B. in der deutschen Bevölkerung nach wie vor in nicht unerheblichem Umfang Verhaltensweisen beobachten, die in Meinungsumfragen „angeprangert“ werden (z.B. in den Bereichen Stromverbrauch, Autonutzung, Plastikgebrauch, Flugreisen usw.).<sup>8</sup> Die Problematik bzw. Herausforderung anhaltender „Knowing-Doing Gaps“ wird zwar in dem Beitrag von *Ostheimer* nicht explizit erwähnt und behandelt, jedoch zumindest implizit gestreift, indem mit dem gegenwärtig im umweltpolitischen Diskurs häufig verwendeten Stichwort bzw. Modewort „Transformation“ darauf hingewiesen wird, dass es Gesellschaften irgendwie schaffen müssten, den Übergang zu einer umweltfreundlicheren und ressourcenschonenderen Produktions-,

---

<sup>7</sup> Siehe hierzu z.B. *Schnellenbach* (2018), *Farrell u.a.* (2019).

<sup>8</sup> Zu diesem Punkt ausführlicher *Kopatz* (2016), *Diekmann / Franzen* (2019).

Konsum- und Lebensweise zu bewerkstelligen. Am deutlichsten wird dies in Abschnitt 2.6 seines Beitrags, der den Untertitel „Umweltpolitik als transformative Gesellschaftspolitik“ trägt.<sup>9</sup>

Um „Knowing-Doing Gaps“ im Bereich Umweltpolitik weitestgehend zu schließen, können Wissenschaftler, Politiker oder andere an der Schließung solcher Lücken interessierte Akteure versuchen, an die moralische Verantwortung verschiedener relevanter Entscheidungsträger (z.B. Konsumenten, Unternehmen, Politiker) zu appellieren. Derartige Aussagen bzw. Appelle finden sich an mehreren Stellen in *Ostheimers* Beitrag. Beispielsweise ist davon die Rede, dass „Klimaschutz eine moralische Verpflichtung“ sei.<sup>10</sup> An anderer Stelle ist zu lesen, dass „Konsumenten moralisch verpflichtet [seien], Verantwortung für ihren Einkauf zu übernehmen und sich dazu über die Nebenfolgen ihres Handelns zu informieren, um die Umwelt vor einer willkürlichen und gedankenlosen Übernutzung, Verschmutzung und Zerstörung durch Konsum zu bewahren“.<sup>11</sup> Es wird vermutlich nicht schaden, wenn sich besorgte Politiker, Schriftsteller, Wissenschaftler oder andere kritische Beobachter mit moralischen Appellen an Konsumenten, Unternehmen oder Staatsregierungen wenden. Diesbezüglich stellt sich allerdings aus ökonomischer Sicht die Frage der Wirksamkeit dieses Instruments: Ist es vielleicht nicht etwas naiv, allein auf die Einsicht der Akteure zu vertrauen, die mittels moralischer Appelle zu Verhaltensänderungen bewegt werden sollen?

Die Effektivität bzw. der erwartete Nutzen von Informations-/Aufklärungskampagnen im Bereich Umweltpolitik wird von vielen Umweltökonomern als eher begrenzt eingestuft. Zudem halten Umweltökonomern das Instrument der „Moral Suasion“ (üblicherweise übersetzt als gütliches Zureden, Überredungsversuch oder Maßhalteappell) für wenig wirksam.<sup>12</sup> Denn zwar lassen sich vermutlich mit moralischen Appellen und Informationskampagnen manche Konsumenten, Unternehmen oder andere Gesellschaftsmitglieder erreichen und – via deren Verständnis und Einsicht – zu der jeweils gewünschten Verhaltensänderung bewegen. Aber aus ökonomischer Sicht ist nicht zu erwarten, dass sich Homo-oeconomicus-Akteure, die bei ihren Konsum- und Produktionsentscheidungen in erster Linie ihren eigenen Nutzen im Blick haben, ohne Weiteres durch Appelle oder Informationskampagnen zur Verbesserung des Wissens über

---

<sup>9</sup> *Ostheimer* (2019), Kap. 2.6. Siehe dazu auch *Schneidewind* (2018).

<sup>10</sup> *Ostheimer* (2019), S. 24.

<sup>11</sup> *Ostheimer* (2019), S. 28.

<sup>12</sup> Vgl. z.B. *Fritsch* (2018), S. 105f.

bestimmte Umweltprobleme zu einem umweltfreundlicheren Verhalten bewegen lassen.<sup>13</sup> Viele UmweltökonomInnen arbeiten in diesem Zusammenhang daher mit dem Worst-case-Szenario, dass alle Gesellschaftsmitglieder *homines oeconomici* sind, und versuchen, deren Anreizstrukturen so zu gestalten bzw. zu beeinflussen (z.B. mittels Steuern, Regulierungen), dass umweltschädigendes Verhalten *bestraft* und umweltfreundliches Verhalten *belohnt* wird. Die (möglichen) Folgen des individuellen Handelns für Umwelt und Gesellschaft werden somit im individuellen Kosten-Nutzen-Kalkül sichtbar bzw. spürbar.

In diesem Korreferat kann aus Platzgründen nicht weiter auf die skizzierte ökonomische Herangehensweise zur Schließung von „Knowing-Doing Gaps“ eingegangen werden. Das Instrumentarium dazu sowie die Möglichkeiten und Grenzen verschiedener Instrumente (Steuern, Verbote, Emissionszertifikate-Handel etc.) wird in umweltökonomischen Lehrbüchern ausführlich vorgestellt und erläutert.<sup>14</sup> Und auch in dem *Ostheimer*-Beitrag werden – verstreut im Text – eine Reihe von Instrumenten aus dem umweltökonomischen Werkzeugkasten zumindest kurz erwähnt. Ziel dieses Abschnitts war es lediglich, darauf aufmerksam zu machen, dass neben der theoretischen Reflexion über Begriffe wie „Nachhaltigkeit“ oder „Anthropozän“ eine offensichtliche Herausforderung in der umweltpolitischen Praxis darin besteht, mit den weiterhin bestehenden „Knowing-Doing Gaps“ auf Seiten von Bürgern/Konsumenten, Unternehmen und Politikern umzugehen. Angesichts der Vorbehalte, die ökonomischen Handlungsempfehlungen im Bereich Umweltpolitik bisweilen auf Seiten von Politik und Öffentlichkeit entgegengebracht werden, ist freilich auch in Hinblick auf die in diesem Abschnitt betrachtete Herausforderung Sisyphusarbeit gefragt: das heißt, politikberatend tätige UmweltökonomInnen werden nicht müde, ständig zu versuchen, politische Entscheidungsträger sowie Politikberater aus anderen Fachdisziplinen davon zu überzeugen, dass ökonomische Instrumente unter bestimmten Bedingungen effiziente und effektive Lösungen für bestimmte Umweltprobleme darstellen können.

#### **4. Globale und gerechte Umweltpolitik: Leichter gesagt als getan**

Abschließend sei kurz auf zwei weitere Themenkomplexe eingegangen, die im Tagungstitel genannt und auch in *Ostheimers* Beitrag an mehreren Stellen zumindest kurz angesprochen werden: *globale* und *gerechte* Umweltpolitik. Bezüglich des Themenfeldes der globalen Umweltpolitik ist anzumerken, dass viele Umweltprobleme bekanntlich nicht an den nationalen

---

<sup>13</sup> Dazu bereits *Jöhr* (1976).

<sup>14</sup> Siehe z.B. *Endres* (2013), *Fritsch* (2018), Kap. 4 bis 6.

Grenzen haltmachen, sondern es existieren vielfach grenzüberschreitende negative externe Effekte (sog. Spill-over-Effekte). Ökonomen, Juristen und Politikwissenschaftler machen in ihrer Rolle als wissenschaftliche Politikberater seit langem darauf aufmerksam, dass derartige transnationale bzw. globale Probleme auch transnationale bzw. globale Lösungen erfordern. Und globale bzw. internationale Umweltpolitik ist bereits in verschiedenen Kontexten und unter Beteiligung verschiedener Akteure und Institutionen empirisch zu beobachten.<sup>15</sup>

Eine anhaltende Herausforderung ist dabei allerdings, ob und wie erreicht werden kann, dass möglichst alle Staaten bei globaler Umweltpolitik mitmachen. So ist etwa zu beobachten, dass sich einzelne Staaten nicht an globaler Umweltpolitik beteiligen oder sich nicht an eingegangene internationale Vereinbarungen halten. Ein in diesem Zusammenhang oft zur Illustration verwendetes empirisches Fallbeispiel ist der Mitte 2017 durch US-Präsident Trump für das Jahr 2020 angekündigte Ausstieg der USA (als einem der weltweit größten Emittenten von Treibhausgasen) aus dem von mehr als 190 Staaten unterzeichneten Pariser Klimaschutzabkommen von 2015.<sup>16</sup> In dem Beitrag von *Ostheimer* werden mögliche Instrumente benannt, mittels derer es unter Umständen gelingen kann, Staaten zur Beteiligung an internationalen bzw. globalen Problemlösungsansätzen im Politikfeld Umweltpolitik zu bewegen bzw. zu zwingen. Beispielsweise könnten monetäre Anreize einzelne Staaten möglicherweise zur Teilnahme an und Einhaltung von internationalen Vereinbarungen veranlassen. Auch könnte über Sanktionen im Falle der Nichtteilnahme an bzw. der Nichteinhaltung von internationalen Abkommen nachgedacht werden. Derartige Instrumente bzw. Anreizmechanismen bieten sich auch aus ökonomischer Sicht bzw. aus Sicht der Neuen Politischen Ökonomie an.<sup>17</sup>

Was allerdings ausführlicher und anhand von konkreten Fallbeispielen diskutiert werden müsste, und was daher nach wie vor eine ernstzunehmende umweltpolitische Herausforderung darstellt, ist das Problem, wie mit Staaten wie z.B. den USA umgegangen werden sollte, die es sich leisten können, nicht auf die skizzierte Anreiz- bzw. Belohnungs-/Bestrafungslogik reagieren zu müssen. Insofern ist festzuhalten, dass sich leicht darüber reden lässt, dass sich eine globale Umweltpolitik der globalen Umweltprobleme annehmen müsse – was, zugegebenermaßen, bereits vielfach in unterschiedlichen internationalen Gremien und

---

<sup>15</sup> Einen Überblick gibt *Dauvergne* (2012).

<sup>16</sup> Vgl. *Lippelt / Mayer* (2017).

<sup>17</sup> Siehe z.B. *Al Doyaili-Wangler / Wangler* 2017.

Organisationen geschieht (u.a. United Nations Environment Programme, Intergovernmental Panel on Climate Change). Relativ schwer ist es aber, dafür zu sorgen, dass die in diesem Rahmen entfalteten Aktivitäten auch effektiv sind, das heißt, den versprochenen bzw. erwarteten Nutzen bringen. Beispielsweise ist zweifelhaft, ob ernsthaft von einer globalen Lösung des Problems der CO<sub>2</sub>-Emissionen gesprochen werden kann, wenn sich große Emittenten-Nationen nicht an internationalen Abkommen zur Reduktion des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes beteiligen; oder sich Nationen, die ein internationales Abkommen unterzeichnet haben, nicht an die vereinbarten Ziele halten.

Damit verknüpft ist im Übrigen auch das Thema der *gerechten* Umweltpolitik. So mag mancher die Frage stellen, ob es gerecht ist, dass Bürger und Unternehmen in Deutschland und anderen europäischen Ländern durch umweltpolitische Maßnahmen (z.B. Umweltsteuern, Emissionsgrenzwerte, Abfallverordnungen) dazu angereizt bzw. gezwungen werden, sich umweltfreundlicher zu verhalten, während in Russland, Indien oder einigen sog. Entwicklungsländern weniger politische Anstrengungen unternommen werden, um die Umwelt zu schützen. Umgekehrt mag mancher fragen, ob es gerecht ist, wirtschaftlich weniger entwickelten Staaten eben diesen Vorwurf zu machen, wo doch einige der heute wirtschaftlich hochentwickelten Länder, die sich bisweilen damit brüsten, eine weltweit vorbildliche Umwelt- und Klimaschutzpolitik zu betreiben, in der Vergangenheit relativ wenig in diesem Politikfeld unternommen haben. An dieser Stelle kann nicht ausführlicher darauf eingegangen werden, was eine international gerechte Umweltpolitik ist beziehungsweise wie eine solche Politik aussehen könnte. Auch in dem Beitrag von *Ostheimer* erfährt man dazu nichts.<sup>18</sup> Die gerade angerissenen Fragestellungen deuten freilich an, dass es schwierig sein dürfte, sich auf transnationaler bzw. globaler Ebene allgemeingültig darauf zu verständigen, was eine global gerechte Umweltpolitik ist.

Und auch im nationalen Rahmen dürfte es alles andere als leicht sein, allgemeingültig zu definieren, was eine gerechte Umweltpolitik ist. *Ostheimer* erwähnt in diesem Zusammenhang kurz den „Aspekt der intergenerationellen Gerechtigkeit“.<sup>19</sup> Neben der Frage, ob es gerecht ist, wenn unser heutiges Handeln (Konsum, Produktion usw.) die Handlungsmöglichkeiten künftiger Generationen einschränkt, ergeben sich aber bereits im Hier und Jetzt im Politikfeld Umweltpolitik weitere Gerechtigkeitsfragen, deren Diskussion lohnenswert erscheint. Zum

---

<sup>18</sup> Siehe zu diesem Diskurs z.B. *Vogt* (2009), *Lotze-Campen u.a.* (2010), *Ekardt* (2016).

<sup>19</sup> *Ostheimer* (2019), S. 13.

Beispiel: Ist es gerecht, dass gerade solche Unternehmen bzw. Industrien, die besonders viel Energie verbrauchen, im Rahmen der Energie- und Umweltpolitik in Deutschland (Stichwort „Energiewende“) von Sonderregelungen profitieren?<sup>20</sup> Oder ist es gerecht, dass relativ reiche Haushalte in Deutschland in den Genuss von Energiesubventionen kommen?<sup>21</sup> Diese Fragestellungen deuten an, dass sich Politik häufig mit Zielkonflikten (trade-offs) konfrontiert sieht, und dass es Umweltpolitik nicht nur auf globaler Ebene, sondern auch im lokalen, regionalen und nationalen Kontext vermutlich nicht immer allen recht machen kann. Kurz: Globale und gerechte Umweltpolitik ist leichter gesagt als getan!

## Literatur

- Al Doyaili-Wangler, Sarah / Wangler, Leo* (2017): What drives compliance with international environmental agreements? A political economy analysis of international and national determinants, in: *Kayalica, Mehmet Özgür u.a.* (Hrsg.): *Economics of International Environmental Agreements: A Critical Approach*, London, S. 15 - 34.
- Dauvergne, Peter* (Hrsg./2012): *Handbook of Global Environmental Politics* (2. Aufl.), Cheltenham.
- Deutsche Presse-Agentur* (2018): Klimawandel doch kein „Scherz“ mehr, in: *Frankfurter Neue Presse* vom 16.10.2018, S. 3.
- Diekmann, Andreas / Franzen, Axel* (2019): Environmental Concern: A Global Perspective, in: *Mayerl, Jochen u.a.* (Hrsg.): *Einstellungen und Verhalten in der empirischen Sozialforschung*, Wiesbaden, S. 253 - 272.
- Ekardt, Felix* (2016): *Das Prinzip Nachhaltigkeit: Generationengerechtigkeit und globale Gerechtigkeit* (3. Aufl.), München.
- Endres, Alfred* (2013): *Umweltökonomie* (4. Aufl.), Stuttgart.
- Farrell, Justin / McConnell, Kathryn / Brulle, Robert* (2019): Evidence-based strategies to combat scientific misinformation, in: *Nature Climate Change* 9, im Druck.
- Feld, Lars P.* (2018): Zur Politischen Ökonomik der wirtschaftspolitischen Beratung, in: *Kosturkova, Nadya / Rieger, Jörg* (Hrsg.): *Ordnungspolitisch stets auf Kurs: Festschrift zum 65. Geburtstag von Prof. Dr. Norbert Berthold*, München, S. 203 - 216.
- Freericks, Christian / Fiedler, Swantje* (2017): *Ausnahmeregelungen für die Industrie bei Energie- und Strompreisen. Kurzanalyse Forum Ökologisch Soziale Marktwirtschaft*, Berlin.
- Frey, Bruno S.* (1992): *Umweltökonomie* (3. Aufl.), Göttingen.
- Fritsch, Michael* (2018): *Marktversagen und Wirtschaftspolitik: Mikroökonomische Grundlagen staatlichen Handelns* (10. Aufl.), München.
- Frondel, Manuel / Sommer, Stephan* (2018): Der Preis der Energiewende: Anstieg der Kostenbelastung einkommensschwacher Haushalte, in: *List Forum für Wirtschafts- & Finanzpolitik* 44, S. 335 - 356.
- Heine, Klaus / Mause, Karsten* (2008): *Ökonomik der Politikberatung*, in: *Bröchler, Stephan / Schützeichel, Rainer* (Hrsg.): *Politikberatung*, Stuttgart, S. 147 - 168.
- Jöhr, Walter A.* (1976): Die kollektive Selbstschädigung durch Verfolgung des eigenen Vorteils. Erörtert aufgrund der „Tragik der Allmende“, des „Schwarzfahrer-Problems“ und des „Dilemmas der

<sup>20</sup> Zu diesem Punkt ausführlicher *Freericks / Fiedler* (2017).

<sup>21</sup> Siehe zu den (Um-)Verteilungswirkungen der „Energiewende“-Politik z.B. *Frondel / Sommer* (2018).

- Untersuchungsgefangenen“, in: *Neumark, Fritz u.a. (Hrsg.): Wettbewerb, Konzentration und wirtschaftliche Macht: Festschrift für Helmut Arndt zum 65. Geburtstag, Berlin, S. 127 - 159.*
- Kirchgässner, Gebhard / Schneider, Friedrich (2003): On the Political Economy of Environmental Policy, in: Public Choice 115, S. 369 - 396.*
- Kopatz, Michael (2016): Ökoroutine: Damit wir tun, was wir für richtig halten, München.*
- Lippelt, Jana / Mayer, Lea (2017): Kurz zum Klima: Nach Paris – wie geht es weiter? Weltweite Umsetzung des Abkommens, in: ifo Schnelldienst 70, S. 42 - 45.*
- Lotze-Campen, Hermann u.a. (2010): Global aber gerecht: Klimawandel bekämpfen, Entwicklung ermöglichen, München.*
- Ostheimer, Jochen (2019): Umweltpolitische Herausforderungen aus sozialetischer Perspektive: Nachhaltigkeit im Anthropozän, in diesem Band.*
- Schneidewind, Uwe (2018): Die Große Transformation: Eine Einführung in die Kunst gesellschaftlichen Wandels, Frankfurt a.M.*
- Schnellenbach, Jan (2018): On the Behavioral Political Economy of Regulating Fake News, in: ORDO - Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft 68, S. 159 - 178.*
- Steentjes, Katharine (Hrsg./2017): European Perceptions of Climate Change (EPCC): Topline findings of a survey conducted in four European countries in 2016, Cardiff.*
- Vogt, Markus (2009): Gerechtigkeit im Klimaschutz: Ethische Analysen zur gemeinsamen, aber unterschiedlichen Verantwortung von Industrie- und Entwicklungsländern, in: *Abmeier, Karlies / Dabrowski, Martin / Wolf, Judith (Hrsg.): Globalisierung und globale Gerechtigkeit, Paderborn, S. 135 - 156.**
- Vogt, Markus (2019): Christliche Umweltethik: Grundlagen und zentrale Herausforderungen, Freiburg.*
- Wiemeyer, Joachim (2015a): Umwelt und Energiepolitik in der sozialetischen Forschung – ein Literaturüberblick, in: Jahrbuch für Christliche Sozialwissenschaften 56, S. 181 - 202.*
- Wiemeyer, Joachim (2015b): Keine Freiheit ohne Gerechtigkeit: Christliche Sozialethik angesichts globaler Herausforderungen, Freiburg.*